

Beiten
ultra-
pief in
Rafe:
ert von
Abonn.

Jagen!

Er-
ermäh-
eutscher
Dann:
Zum
Abonn.

Abonn.
Mein-

teil. im

Der
Dann:
Zum
Abonn.

Beitell.

nn. A.

afschol.

Reber-.

unwel-
Wine):
en von

Abonn.

Abonn.

g.

teilten
uppen-

Jutter-
geteilt.

Pfund.

is ein-
er an-
onders

hülle,

u bis

n mit

en mit

otels,

gesamt

ahl er-

Prot-

erfälle

ufah-

Prot-

Pfund.

rat.

m

r.

ig.

nders

post

ukete

ressen

Be-

eben.

H.

7.

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Einzelplatt. Zeitzeile kostet 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 9 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden ausgeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postcheckkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Witttrich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrh. 49, Telephon 1026 - Expedition: Wehrh. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 34 Donnerstag den 10. Februar 1916 27. Jahrgang

Was die Landwirte nachfordern.

Französische Kriegsphantasien. — Vormarsch in Albanien.

Das Urteil eines Neutralen.

Kürzlich tagte in Kopenhagen eine Konferenz von Vertretern der sozialdemokratischen Organisationen in den Landesteilen östlich vom großen Belt. Der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Partei, Genosse Stauning (der inzwischen, zu unserem Bedauern, einer plötzlich aufgetretenen Herzkrankheit wegen in ein Hospital gebracht werden mußte), hielt bei dieser Gelegenheit einen in Dänemark viel bemerkten Vortrag, der aber auch bei uns starkes Interesse erwecken muß. Besonders enge Bande verknüpfen uns seit jeher mit:

Genosse Stauning schilderte einleitend die Stellung des Sozialismus zum Krieg überhaupt und zog die Trennungslinie gegen die bürgerlichen Friedensfreunde. Den jetzt wütenden Krieg zu verhindern, sei die Sozialdemokratie zu schwach gewesen. Dazu kam, führte Stauning weiter aus, daß der Krieg in der südlichen Ecke Europas ausbrach, eine Folge der angeblichen Beschüßverträge, die Rußland gegenüber den slavischen Ländern schloß. Rußlands Mobilisierung machte den Krieg zu einem Verteidigungskrieg für die Deutschen gegen ein kulturell weniger entwickeltes Land. Eine Verweigerung der Kriegskredite hätte aber den Sieg des Landes mit der geringeren Kultur über das Land mit der höheren Kultur zur Folge gehabt. Und wenn auch die deutsche Sozialdemokratie mit der früheren Politik der Regierung nicht einverstanden war und sie bekämpfen mußte, so war es trotzdem ihre Pflicht, sich auf ihre Seite zu stellen, nachdem der Krieg eine Tatsache geworden. Das, was durch ein Menschenalter hindurch geschaffen worden war, und nicht zum wenigsten auch für die Arbeiterklasse, mußte sie zu erhalten suchen, wogegen ein Bruch mit den übrigen Teilen der Nation die Vernichtung der Organisation des politischen Einflusses der Presse uhm. bedeutete hätte. Es gibt nationale Interessen, die auch oft in einem ganz besonderen Grade die Arbeiterklasse berühren. Aber der Krieg gibt uns auch gewisse Lehren. Die allzu feierliche Politik, welche z. B. die Sozialdemokratie in Deutschland bisher betrieb, muß aufhören, und man wird sicher überall nach dem Kriege dieselbe praktische Politik befolgen, wie sie die Sozialdemokratie in Skandinavien schon lange befolgt hat.

Kürzer und schlagender ist wohl die Notwendigkeit der Politik des 4. August noch nicht begründet worden, als hier von dem Dänen Stauning. Ihn, wie übrigens die meisten dänischen und auch zahlreiche andere skandinavische Parteigenossen haben eben die nebelhaften Phrasen von der „deutschen Gefahr für die Zivilisation“ und dem notwendigen „Schutz der kleinen Nationen“ nicht betäubt. Die Sabelschneiden und Pannekoekereien von der Aufgabe der deutschen Arbeiter, durch Rebellion das Reich zu lähmen und so die „Befreiung“ zu erzielen, konnten zwar bei jenen ausländischen Parteiorganisationen Wirkung tun, die bei kleinster Mitgliederzahl die größte Leistungsfähigkeit an Bekenntnissen zur Gesinnungstüchtigkeit aufweisen, nicht aber dort, wo die Sozialdemokratie eine politische Partei geworden ist, die als Vertretung der Arbeiterklasse deren Interessen wahrzunehmen hat.

Was es bedeutet, wenn eine wirkliche, die Arbeitermassen umfassende sozialdemokratische Partei besteht und ihre Macht klug und weislich gebraucht, das zeigte Genosse Stauning in dem die dänischen Verhältnisse behandelnden Teil seiner Rede:

„Für Dänemark war es ein Glück, daß bei Ausbruch des Krieges die friedliche, demokratische Kultur so weit fortgeschritten war, und daß wir mit einer einflussreichen Sozialdemokratie standen. Die Schnelligkeit, mit der der Krieg ausbrach, die gefährliche Nachbarschaft, das Vorhandensein gewisser chauvinistischer Stimmungen, die Gefahr, daß man die Blinde zu offen nach Nordwesten richtete und auf Revanche hoffen konnte — alles dies machte es doppelt notwendig, eine nichtern denkende Regierung zu haben, kräftig unterstützt von der Sozialdemokratie. Da sie am 5. August und später noch einmal zurücktreten wollte, bestanden wir auf ihrem Verbleiben. Deshalb stimmten wir für die militärischen Forderungen. Hätten wir dagegen gestimmt, würden es auch die anderen getan haben, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen, und die Regierung war gestürzt. Und wenn wir uns nur der Stimme enthalten hätten, wäre die Regierung auch gegangen, denn dann hätte ihr die sichere parlamentarische Grundlage gefehlt. Dann wäre eine Regierung gekommen, die, wenn sie auch offiziell an der Neutralität festgehalten hätte, doch mit einer gewissen antideutschen Tendenz behaftet gewesen wäre, oder sich auf Arrete mit einer solchen hätte stützen müssen. Und damit wäre unsere nationale Stellung und die Entwicklung unserer Industrie bedroht und großen Schwierigkeiten und Gefahren ausgesetzt gewesen. Gerade

unter dem Krieg hat es sich gezeigt, wie abhängig unsere Industrie von Deutschland ist. Wir wünschen aus diesen Gründen keinen Regierungswechsel. Auch die arbeiterfreundliche innere Politik hätte darunter zu leiden. Es gibt kein anderes Land, wo alle unter dem Kriege notwendig gewordenen Ausgaben ausschließlich die Besitzenden zu tragen haben, nicht ein Pfennig ist den Unbemittelten aufgeladen worden. Im Gegenteil haben Staat und Kommunen Veranstaltungen getroffen, um der durch die Feuerung entstandenen Not zu steuern. Ungefähr 30 Millionen Kronen sind zu diesem Zwecke bereitgestellt worden.“

Unsere dänischen Genossen haben also, wie Stauning erklärt, die militärischen Forderungen der Regierung bewilligt, obwohl es sich nicht einmal um die dringende Not der Landesverteidigung handelte, wie am 4. August 1914 für die deutsche Sozialdemokratie, sondern zunächst nur darum, ein Ministerium zu stützen, das zu strenger Neutralitätspolitik geneigt war, während befürchtet werden mußte, daß eine andere Regierung durch Hinneigen nach der Entente, durch Nachgeben gegen den Värm der auch in Dänemark vertretenen Tipperary-Flieger das Land in Schwierigkeiten bringen könnte.

Weiter aber sagte Stauning: „Die dänische Sozialdemokratie hat gleich nach Ausbruch des Krieges die Initiative ergriffen zu einer erneuten internationalen Zusammenarbeit und unsere Bemühungen sind nicht ohne Erfolg gewesen. (Stauning schilderte hier seinen Besuch in Deutschland.) Was die deutsche Sozialdemokratie betrifft, so wissen wir, daß deren Mehrheit ebenso friedensfreundlich ist, wie die Minderheit, und auch ebenso antionterionistisch. Die Mehrzahl hält es für richtig, die Regierung zu unterstützen, um dadurch die antionterionistischen Tendenzen niederzuhalten. Und wir können nur wünschen, daß dies gelingen möge. Im übrigen tun wir in unserem kleinen Lande gut daran, wenn wir uns jedes Urteils über die Bruderparteien in anderen Ländern enthalten, bis nach dem Kriege volle Klarheit über alle Verhältnisse geschaffen ist. Dann werden die sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern auf ihren nationalen Kongressen mit sich selbst zur Rechenschaft gehen und später werden hoffentlich alle nationalen Sozialdemokraten sich zu einer internationalen Auseinandersetzung veranlassen und über die besten Mittel beratschlagen, damit einer Wiederholung der jetzigen Weltkatastrophe vorgebeugt werden kann.“

Stauning hat einem Gedanken Ausdruck gegeben, den gewiß alle die mäßlichen Sozialen erwägend und nicht nur auf Sensationen begierigen Genossen schon gehabt haben: Nach Abschluß des Krieges erst Selbstverständigung jeder der sozialdemokratischen Parteien; erst dann, wenn in einem Lande Klarheit geschaffen ist, eine Auseinandersetzung in internationaler Rahmen. Für heute wollen wir auf dieses Thema nicht weiter eingehen; aber das dürfen wir wohl jetzt schon sagen, daß der Vorstehende der dänischen sozialdemokratischen Partei die Situation viel besser erkannt und die Vorbedingungen für ein künftiges gedeihliches Zusammenarbeiten klarer gesehen hat, als unsere nur-Internationalisten, die, im reinen Aether der Missionen schwebend, weit erhoben sind über der rauhen Wirklichkeit der Tatsachen — obwohl sie auf die historisch-materialistische Schulung voden.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten)
Großes Hauptquartier, 9. Febr. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Vimy kürzten unsere Truppen die erste französische Linie in 800 Meter Ausdehnung, machten über 100 Gefangene und erbeuteten fünf Maschinengewehre.

Südlich der Somme sind die Franzosen abends wieder in ein kleines deutsches Grabenstück eingedrungen.

Im Priesterwalde wurde von unserer Infanterie ein feindliches Flugzeug abgeschossen. Es kurzte brennend ab. Beide Insassen sind tot.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Kleinere russische Angriffe in der Gegend von Illuzt (nordwestlich von Danaburg), sowie gegen die am 6. Februar von uns genommene Feldwachstellung an der Bahn Baranowitsch-Ljaskowitsch wurden abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.
Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: 9. Februar 1916.

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Vortruppen der in Albanien operierenden 1. und 2. Streitkräfte haben den Jem-Fluß überschritten und den Ort Preza und die Höhen nordwestlich davon besetzt. Der Feind, aus Reihen serbischer Verbände, italienischen Abteilungen und Söldnern (Etsch Paschas bestehend, vermied den Kampf und wich gegen Süden und Südosten zurück. Nur bei der Besetzung des Ortes Baljas (8 Kilometer nordwestlich von Tirana) kam es zu einem kurzen Gefecht, in dem der Gegner geworfen wurde. Unser Flieger bewarfen in der letzten Zeit wiederholt die Truppenlager bei Durazzo und die im Hafen liegenden italienischen Dampfer erfolgreich mit Bomben. In Montenegro ist die Lage unverändert ruhig. Die Entwaffnung ist abgeschlossen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der Vormarsch in Albanien.

Der weitere Vormarsch in Albanien soll nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ so weit gediehen sein, daß die Vortruppen etwa 20 Kilometer von Durazzo stehen. Die der „Corriere della Sera“ aus Paris meldet, sollen die Bulgaren auf dem Wege nach Durazzo bereits Tirana besetzt haben. Weiter erfährt das Pariser „Journal“ aus Athen, daß Etsch Pascha mit seinen Mannschaften in Korfu erwartet werde. Auch 20 000 serbische Soldaten würden aus Albanien nach Korfu transportiert. Alle diese Nachrichten scheinen dazutun, daß Albanien, mit Ausnahme Salonas, von den Gegnern der Mittelmächte geräumt wird.

Paris, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Petit Parisien“ erfährt aus Korfu, daß eine französische Abteilung die griechische Insel Gazo nördlich von Korfu, besetzt hat.

Sofia, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. Auf Grund der militärischen Lage, die die jüngsten Ereignisse geschaffen, erachteten die griechische und die rumänische Regierung in Uebereinstimmung mit den bulgarischen Militärbehörden für angemessen, ihren Konsul aus Monastir (Bitola) abzuberufen.

Athen, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der griechische Marineminister hat den Verkauf griechischer Schiffe nach dem Auslande verboten.

Ein serbischer Sozialdemokrat für den Frieden.

Der „Deutsche Kurier“ bringt einen ihm aus Lugano ausgegangenen Bericht über eine in Rom stattgefundene Sitzung der serbischen Skupstina. Ueber das Auftreten unseres Genossen, des Abg. Vukobratowitsch wird in dem Bericht gesagt:

„Der Abgeordnete Vukobratowitsch, der den Bezirk Peitina vertritt und der das Ministerium Vukitsch schon immer eifrig bekämpfte, stellte den Antrag, König Peter durch eine Abordnung auffordern zu lassen, die Krone Serbiens niederzulegen, die ihm und seinem Hause doch unter keinen Umständen erhalten bleiben würde. Ebenso müsse Vukitsch von der Regierung zurücktreten. Man könne den Zentralmächten nicht zuzimmern, mit diesen Männern zu verhandeln, in deren Umtrieben sie eine der Hauptursachen für den Ausbruch des Weltkrieges sähen. Die serbische Regierung habe sich allerdings verpflichtet, keinen Sonderfrieden einzugehen, aber nach dem Verhalten der Großmächte Serbien gegenüber brauche man sich nicht mehr daran zu kehren. Die Bundesgenossen hätten niemals die Absicht gehabt oder auch nur den guten Willen gezeigt, Serbien vom Untergang zu retten.“

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners scheinen keinen Widerspruch gefunden zu haben.

Italienisches.

Rom, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Das Amtslatz veröffentlicht einen Erlaß, wodurch eine vom Unterstaatssekretär der Marine geleitete Kommission eingesetzt wird, welche aus Beamten der verschiedenen Verwaltungszweige,

einem Reder, dem Direktor einer Schiffahrtsgesellschaft und zwei Industriellen zusammengefasst sein wird. Die Kommission hat erstens so weit als möglich für den überseeischen Transport von Waren und Material, soweit sie verschiedenen Verwaltungsbereichen des Staates gehören, oder zu ihnen in Beziehung stehen, von ausländischen Häfen nach italienischen zu sorgen. Dies hat sowohl durch italienische wie ausländische Dampfer zu geschehen. Zweitens hat die Kommission darauf zu achten, daß alle italienischen Dampfer, selbst die nichtrequirierten, ausschließlich im Interesse der nationalen Volkswirtschaft gebraucht werden. Drittens hat sie die Bedürfnisse der hauptsächlichsten Industrien zu überwachen und gemäß diesen Bedürfnissen über die Schiffsbauer zu verfügen.

Rom, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die Banca d'Italia ist durch Verordnung zur Ausgabe von 20 Millionen Lire Banknoten in Scheinen zu 100 Lire und 4 Millionen in Scheinen zu 50 Lire ermächtigt worden.

Bern, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Wie der „Soccolo“ aus Genoa meldet, wurde in der vergangenen Nacht die Nachtzeit verbreitet. In der neuen Munitionsfabrik in Genoa sei eine Explosion erfolgt. Von Savona sei ein Sonderzug mit Giftgasmunition abgegangen. Der Brand soll sich auf die Abteilungen für die Herstellung von Toluol-Salveter beschränken. Zunächst blieb es, der Brand habe zahlreiche Opfer gefordert, bis jetzt sollen jedoch nur ein Toter und mehrere Verwundete festgestellt sein. Die Behörden halten einen verbrecherischen Anschlag für ausgeschlossen.

Die Hoffnungen unserer Gegner.

Paris, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Briand und Bourgeois sind in Begleitung des Unterstaatssekretärs Thomas und des Ministerialdirektors de Margerie, sowie der Generale Pellet und Duménil heute morgen 8 Uhr nach Italien abgereist.

Lugano, 10. Febr. (D. D. P.) Der „Soccolo“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Briand begleitenden Munitionsminister Thomas, worin der Minister sagte: „Die Regierung glaubte anfangs an einen Krieg mit gewaltigen Feldschlachten. Statt dessen ist es heute ein Feldzug des Kupfers und des Stahls. Während die Deutschen aber nur ihre bereits bestehende Industrie zu entwickeln brauchen, mühten wir eigentlich ganz neue Industrien aus dem Boden zu stampfen, was mit der aufopfernden Hilfe von 750 000 Arbeitern und 120 000 Frauen in wenigen Monaten gelang. Heute sind wir an aufgestapelter Munition den Deutschen weit über und werden sie noch mehr überflügeln, sobald die Engländer es erst fertig gebracht haben, das Doppelte unserer Produktion zu liefern. Den ersten Sieg haben wir bereits errungen, denn wir beherrschen im Kriege den Feind, der uns nicht entweichen wird. Aber wir werden ihn später auch im Frieden beherrschen und besiegen. Frankreich, das gestern nur eine schwache metallurgische und gar keine chemische Industrie besaß, wird morgen eine große metallurgische und eine mächtige chemische Industrie haben. Am Frühjahr wird Frankreich für eine neue Offensive über ungeheure, wahrhaft kolossale Munitionsvorräte verfügen. Seine Kommissare bezweifelten, wie der Minister sagte, den Austausch des Kriegsmaterials unter den Alliierten. Dabei gebe Italien den Verbündeten Kalshaus, während Frankreich ihm dafür Geschosse liefert, was um so leichter möglich sei, als ja bei beiden Armeen ein einseitiges Kalshaus bestünde.“

Wenn sich Industrien wie Spindeln im Glashaus treiben sehen, so hätte unser früherer Genosse Thomas recht. So aber können wir ruhig einer Aktion entgegensehen, die auf so schwachen Grundblagen beruht, wie die Behauptung, daß die Franzosen uns „im Krieg beherrschen“.

Direktionsschmerzen beim französischen Flugwesen.

Paris, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. In dem am Briand gerichteten Rücktrittsgesuch führte Unterstaatssekretär Besnard aus, daß er unfähig sei, um alle Schwierigkeiten sich bemüht habe, dem Flugwesen die unumgänglich notwendige Organisation durch eine strenge Regelung der Arbeit zu verleihen, sowie die Erzeugung der Flugzeuge zu vermehren. Die parlamentarischen Ausschüsse hätten sich auch von den erzielten Ergebnissen überzeugen können. Gestern jedoch, in der Sitzung des Senats, aus dem der Senat, in der er in Begleitung des Kriegsministers Gallieni erschienen sei, hätte man ihm Verantwortlichkeiten aufbürden wollen, welche seine Befugnisse weit überschreiten würden, und die nur der Kriegsminister hätte

auf sich nehmen können. Besnard fügte hinzu, daß er unter diesen Umständen seine Demission als Unterstaatssekretär des Flugwesens überreichte. Briand drang lebhaft in Besnard, von seinem Entschluß abzusehen, indem er darauf hinwies, wie sehr er seine Mitarbeit schätze und bedauern würde, diese entbehren zu müssen. Besnard erklärte jedoch, daß sein Entschluß ein endgültiger sei.

Die Regierung beschloß, eine Erhebung Besnards nicht vorzunehmen. Das Flugwesen wird aber wieder unmittelbar dem Kriegsminister unterstellt, der einen Direktor ernennen wird. Gallieni hat ein Schreiben an Besnard gerichtet, in dem er ihm sein lebhaftes Bedauern über sein Ausscheiden aus dem Amte ausdrückt.

Von der Westfront.

Nach dem gestrigen französischen Tagesbericht hätten die deutschen Truppen unerwartet an der äußersten Südecke der Front den Kampf gegen Velfort begonnen. Es heißt bei unseren Gegnern: „Nachmittags warf ein weittragendes deutsches Geschütz drei Granaten auf Velfort und Umgebung.“ Dazu läßt sich der „Berliner Volksbeobachter“ aus Genf melden: „Genaueres über den Umfang der durch die deutschen schweren Geschosse angerichteten Verheerungen ist aus den knapp gehaltenen Pariser Berichten nicht zu entnehmen. Die Angabe der Trefferpunkte und der Zahl der Opfer wurde unterzogen. Die parlamentarischen Armeeausschüsse erwarten Auskunft von Gallieni, der aber bisher zu einem Besuche Velforts keine Zeit hatte.“

Der Luftangriff auf Mittelengland.

Von der holländischen Grenze, 9. Febr. Außer dem englischen kleinen Kreuzer „Caroline“ sind bei dem letzten Luftangriff auf England die beiden Zerstörer „Eben“ und „Nieth“ auf dem Schutt gefunken.

Englische Kriegsvorbereitungen.

London, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der Verband der Arbeiter, der seinerzeit an der Abstimmung der Konferenz der Arbeiterpartei über die Dienstpflicht nicht teilnahm, hat nunmehr in einer in Lancaster abgehaltenen Versammlung einen Antrag angenommen, in dem er sich gegen die Dienstpflicht ausgesprochen hat.

Ottawa, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Premierminister Sir Robert Borden hat gestern im Unterhause beantragt, die Legislaturperiode des Parlaments um ein Jahr zu verlängern. Er sagte, nach seiner Meinung habe man noch nicht die Hälfte des Krieges hinter sich. Der Führer der Opposition, Sir Wilfrid Laurier, unterstützte den Antrag.

Frankreichs Kriegsausgaben.

Nach dem „Economiste Français“ vom 22. Januar 1916 beliefen sich die französischen Kriegsausgaben in Millionen Franken:

	Kriegsausgaben	Gesamtausgaben
August bis Dezember 1914	808	1365
Januar bis Juni 1915	1100	1645
Juli bis September 1915	1300	1870
Oktober bis Dezember 1915	1570	2150
Januar bis März 1916	1750	2505

Hiernach betragen jetzt die französischen Kriegsausgaben täglich 88,3 Millionen Franken.

Der Kampf ums freie Meer.

Paris, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Temps“ meldet aus Rio de Janeiro: Trotz der Ueberwachung durch englische Kreuzer ist es deutschen Schiffen gelungen, die südamerikanischen Häfen zu verlassen. Sie durchstreifen unter amerikanischer Flagge den Atlantischen und den Stillen Ozean.

Rotterdam, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet: Die „City of Marseille“, ein Schiff der Liverpooler Ball-Linie von 8250 Tonnen, die in Werfen angekommen ist, berichtet, daß sie auf der Reise nach Indien durch ein Unterseeboot beschossen wurde. 12 Projektilen wurden abgefeuert, die alle zu kurz ge-

zielt waren. Die 175 Passagiere, darunter 35 Frauen und Kinder, waren während der Beschädigung unter Deck.

Haag, 9. Febr. „Daily Telegraph“ veröffentlicht die Meldung einer Persönlichkeit, die über den „Caralona“-Fall mehr wissen will als bisher bekannt wurde. Die Erzählung schiebt die Schuld der Ermordung der deutschen Matrosen und der Offiziere völlig auf die Schultern der amerikanischen Kollisionsfahrer der „Nicofian“, die wie alle ihre Berufsgenossen „wilde Männer“ seien, die weder ihre eigenen noch fremde Leben respektierten. Als die Treiber, so erzählt der Gewährsmann, nachdem sie in die Boote gestiegen seien, die „Nicofian“ erreichten, wußten sie genau, welche Absicht die Deutschen, die das Schiff zu erreichen suchten, hatten und nachdem sie sich mit allerlei Eisenmaterial versehen hatten, wurden die Deutschen, die an Bord kamen, einfach niedergeschlagen. Einzelne entkamen, doch wurden diese aus allen Ecken wieder aufgejagt, auch aus den Kabinen, wo sie Zuflucht gesucht hatten, sowie aus dem Tunnel der Schraubenschelle. Die Besatzung des zweiten deutschen Rettungsbootes, die von einem Offizier geführt wurde, kam dann an Bord und wurde in der gleichen Weise empfangen. Der deutsche Kapitän wurde von der Brücke, wohin er geflüchtet war, heruntergerissen und mit zwei eisernen Stangen an den Füßen gefesselt ins Meer geworfen. So ging es weiter, bis ein Offizier der „Caralona“ an Bord kam und dem es gelang, die Ordnung wieder herzustellen.

Washington, 9. Febr. (Priv.-Tel.) „Associated Press“ erzählt aus Washington, daß der „Lusitania“-Fall sehr hoffnungsvoll aussieht. Diese Feststellung wurde von einem hohen Beamten nach einer Beratung zwischen Wilson und Lansing gemacht. Es wurde erklärt, daß der Präsident den neuesten Vorschlag Deutschlands als nahezu, wenn nicht völlig annehmbar ansehe.

Einschränkung der englischen Einfuhr.

Rotterdam, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) „Maasbode“ erzählt aus London: Das Handelsamt stellt einen Gesetzentwurf fertig, um die Einfuhr von Tabak und Obst zu verbieten und die von Holzmasse, Gerste für Brauerei und Zucker einzuschränken. Die Einfuhr von Tabak betrug im Jahre 1915 17 Millionen Pfund monatlich. Es ist ein Vorrat, der für zwei Jahre genügen soll, eingelagert. Die Einfuhr von Zucker betrug 1 800 000 Pfund das Jahr. Das Handelsamt beabsichtigt, den Verbrauch von Papier für Blätter und Reklameflugblätter dadurch einzuschränken, daß es hierauf eine Steuer legt, oder, wenn sie per Post verandt werden, ein höheres Porto dafür fordert. Der Vorrat an Gerste und Mais für Destillieren soll für drei Jahre ausreichen. Für Bierbrauereien dürfen jährlich 1 500 000 Tonnen Gerste, Mais und Melasse eingeführt werden.

Durch das Verbot der Obsteinfuhr werden ungefähr 1 000 000 Tonnen Schiffsraum frei.

Deutsche Landwirte als Nutznießer der Not.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim hat kürzlich in der „Frankf. Ztg.“ Gedanken angeregt, die einem Zentrumsantrag zu Grunde lagen, der den bayerischen Landtag in mehreren Sitzungen beschäftigte und heftige Debatten auslöste. Der Abg. Behner forderte von der Regierung, sie möge dafür sorgen, daß den Erzeugern von Weizen, Spels, Roggen, Hafer, Braugerste und Futtergerste, welche ihre Erzeugnisse vor dem Inkrafttreten der Preissteigerungen veräußert haben, die Preissteigerungen aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden.

In der Begründung dieses ungeheuerlichen Antrages wurde kurz und bündig erklärt, daß diejenigen Landwirte im Nachteil seien, welche ihr Getreide, dem Wunsche der Regierung entsprechend, frühzeitig an die Kommunalverbände abgeliefert hätten. Die Preisdifferenz zwischen damals und jetzt müsse ihnen ersetzt werden.

Energisch wehrten sich dagegen die anderen Parteien. Sie wandten ein, daß die fernerzeit den Landwirten gezahlten Preise bei der Ablieferung an die Kommunalverbände schon ausreichend genug gewesen seien. Wollte man jetzt Zuschläge geben, dann erkenne man Prämien jenen zu, welche Getreide

Seuileton.

Gustav Falke †.

In Groh-Worstel bei Hamburg ist der Dichter Gustav Falke vorgestern gestorben.

Wenn auch mancher seiner Romane, wie „Vanden und Stranden“ oder „Der Mann im Nebel“ sich nicht überliefert, so hat Falke sein innerstes Herz doch nur in seinen Gedichten ausgeschüttet, und nur als Dichter hat er Bedeutung, die freilich gewisse Grenzen nicht überschreitet. Sein Lebensweg ist sinnbildlich für sein Schaffen, denn er führte ihn gerade von seiner Geburtsstadt Lübeck nach seiner zweiten Heimatstadt Hamburg, von Hansestadt zu Hansestadt also, aber nicht aus der Enge in die große und weite Welt. 1853 geboren, mußte er sich in verschiedenen Berufen redlich placken, und konnte sich den vollen Kranz des Dichters erst in vorgerückteren Jahren auf die Schultern drücken — dann allerdings warf ihm der Hamburger Senat auch einen jährlichen Ehrenlohn aus, eine klingende Anerkennung, die in Deutschland nicht vielen Dichtern widerfährt.

Zwei typisch norddeutschen Dichtern dankt dieser Norddeutsche das Beste seiner Entwicklung: einmal dem stillen, verkommenen und verträumten Theodor Storm und zum zweiten dem minder stillen — Ball und Gallo! — Detlev v. Dillencron. Dessen Verse wirkten auf Falke wie eine Offenbarung, als er sie 1890 zum ersten Mal in die Hände bekam, und dem Danne dieses Größeren hat er sich nie mehr entziehen können und wohl auch nicht mehr entziehen wollen. Verszeilen, Stimmungen, ja ganze Gedichte Falkes wirken wie Dillencronsches Gut, ohne daß man von einer bewußten Nachahmung reden dürfte, denn beider dichterisches Temperament war so verwandt, daß solche Anklänge sich ganz von selbst ergaben. Freilich unvollkommene Dillencron eine reichere Fülle und hatte höhere Himmel und tiefere Höllen, und sagte, eine so ganz unproblematische Natur er war, Welt und Leben doch mehr als Problem. Falke dagegen erschöpfte sich in einer besetzten Rastlosigkeit für Wind und Gras und Busch und Baum und in einer warmen Neigung zu allen Menschenkindern, besonders wenn sie jung und hübsch und weiblich waren: viel Sommerfröhen, Rosenkranz und Biene-

sum ist in seinen Versen. Aber gerade in dieser Neigung zu Sommerfröhen, Rosenkranz und Bienekeum steckt ein gut Stück Gegenwartsflucht im Nostalgischen Sinne — die großen Fragen der Zeit streiften ihn wohl, wie sein Gedicht „In der Fabrik“ ausweist:

Sieh ich eine Weile zu,
Wie die Funken fliegen;
Räder, Riemen ohne Ruh'
Durch den Tag getrieben.
Obst ich eine Weile, wie
Die Maschinen flühen,
Unter ihrer Melodie
Alle Pforten dröhnen.
Stampf und Stoch und Surre und
Nachten mich bellen,
Wing zum Tor hinaus ich stumm,
War so froh gekommen.
Draußen sah ich Staub und Ruh'
Ich ein Mädchen stehen;
War soeben flügend, Ruh'
Jugend so vergehen?
Fort! Fort! Schon grüß mich das
Freier Wipfel Draußen,
Aber immer hör ich noch
Nachhaken und -saufen.

Noch dieses: Fort! Fort! kennzeichnet den Dichter, der wohl Mitleid für die Opfer sozialer Ungerechtigkeiten empfand, aber den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten nicht aufnahm, weil nach seinem eigenen Wort „stilles inneres Erleben“ den Stoffkreis seiner Dichtung ausmachte. In des Hauses Enge blühte seines Herzens Frieden, und wenn dieses Herz nicht das eines echten Dichters gewesen, hätte es manchmal in demselben Taft wie das des Urphylister Ottoborn geschlagen, dem auch in Hamburg die Welt mit Bretterzäunen verstellt ist, denn also zieht Falke selbst das Ergebnis seines Daseins:

Mein Welt und all mein holder Kreis,
mein Kind und all mein laßend Glück.
Ich rühre an die Saite leise,
wie hell klingt es zurück.
Nur manchmal, wenn von ferne ich
die großen Stürme rauschen höre,
wenn sich der tollere Lebenssturm
ein Ton in meine Stille schließt.

Schrei laut auf und hebe Klang:
Mehr Licht, mehr Licht, nur einen Tag!
Und blutend lag ich, abgewandt,
mein Herz in eurer Liebeshand,

bis es von aller Angst entbunden
und wieder seinen Taft gefunden,
den Gleichklang zwischen Wunsch und Pflicht.
Herbämmerglück, Herbämmerglück!

Herbämmerglück, Herbämmerglück — sein Lebensweg führte ihn von Lübeck nach Hamburg, aber da es der Weg eines Dichters war, blühen Blumen, weiße und rote, an keinem Baum, die den Namen Gustav Falke nicht so bald verfliegen lassen werden. h.w.

Von Skutari nach Durazzo.

Der serbische Sonderberichterstatter des „Pariser Journal“, Warbo, hat im Mittelwasser des serbischen Flüchtlingsstromes seinen Marsch nach der 25 Kilometer entfernten Küste des Adriatischen Meeres fortgesetzt und berichtet darüber:

„Ich verließ Skutari zu Pferde in der Absicht, wenn möglich Durazzo zu erreichen. Die Straße, denn es gibt tatsächlich eine Straße von Skutari nach Alessio, läuft zwischen dem Vondungsplatz des Skutari und dem Fuß des alten Kastells dahin, das sich hoch oben auf dem Gipfel eines Felsgrats erhebt. Ueberall herrschte Unordnung und Verwirrung und ich mußte mir mit Gewalt einen Weg durch die Menge der Flüchtlinge erzwingen, die wie ich Skutari verlassen wollten. Endlich war ich auf der Straße allein, den Gendarmen, den mir das Stabsquartier als Eskorte bis nach Durazzo beigegeben hat, zur Seite. Mein erster Reisetag verlief ohne Zwischenfälle, abgesehen von ein paar Frontenschüssen, die die mit der Sicherheitspolizei betrauten „Kofers“ Elad Wolchos aus reinem Uebermut abfeuerten. Gegen Abend überschreite ich den Drin auf der großen Felsbrücke, die nahe seiner Mündung angeschlagen ist. Am nächsten Tage aber an der Stelle, wo ein paar Kilometer hinter der kleinen Stadt Alessio der Weg sich im Morast verliert, überfiel uns ein echter und rechter Wirbelsturm. Niemals in meinem Leben habe ich ein ähnliches Unwetter erlebt. Der Regen goss in Strömen und die unaufhörlich über den Himmel ausdauenden Blitze tauchten den Horizont in ein Feuermeer; länger als zwei Stunden suchten wir mitten im Wirbelsturm längs des Ufers des Matiflusses rastlos nach

bei der Bestandserhebung unterschlagen hätten, und der Erfolg wäre kästlich der, daß man die indirekten Urheber der Lebensmittelerhöhung noch staatlich subventioniere. Auch der Wirkung des Antrages wurde gedacht. Seine Durchführung erfordert, was später der Minister auch bestätigte, zunächst allein schon 100 Millionen Mark. Rechnet man die Rückwirkung der Zuschläge bei Getreide und Kartoffeln zummen, so entliehe dem Staate ein Mehraufwand von 250 Millionen Mark. Was würde außerdem die staatliche Bevölkerung dazu sagen, wenn die Landwirte auf ihre Kosten solche Gewinne einheimen können und in den Städten man nicht wisse, wie man der Lebensmittelerhöhung begegnen solle? Nicht nur die Arbeiter, sondern auch weite Kreise des Bürgertums seien unzufrieden darüber, daß die Landwirte nie genug bekommen könnten.

Der Minister des Innern konnte die von den Gegnern des Zentrumsantrages erhobenen Bedenken nicht von der Hand weisen; er erklärte zunächst, daß noch einer aufgestellten Rechnung die Rückzahlung an die in Betracht kommenden Landwirte volle 100 Millionen Mark erfordere. Der badiische Staat könne diesen Betrag nicht aufbringen. Ob ihn das Reich übernehme, sei zurzeit nicht zu beurteilen. Einen Gegenfahrgang zwischen dem „patriotischen Süden“ und dem „unpatriotischen Norden“ zu machen, wie dies ein Abgeordneter getan habe, sei nicht richtig, denn auch in Baden habe man die Bestände nicht liberal richtig angegeben und sie nicht überall frühzeitig genug abgeliefert. Würde der Zentrumsantrag angenommen, dürfe vor allem eine Belastung der Verbraucher nicht eintreten.

Da die Zusammensetzung des badiischen Landtags (Zentrum 29, Konfessionen 5, Nationalliberale 20, Sozialdemokraten 13, Fortschrittler 6 Abgeordnete) eine agrarische Mehrheit sichert, wurde der Antrag fehrer mit Stimmenmehrheit angenommen. Gibt ihm die Reichsregierung statt, dann ist dies die nächste staatliche Brämierung des Lebensmittelerhöher, mit das Tollste, was auf diesem an Ungerechtigkeiten so reichen Gebiete jemals erfolgt ist.

Ein beschämendes Zeugnis.

Die Justizabteilung des Sachsen-Altenburgischen Ministeriums des Innern läßt folgende Mahnung an die Beamten der Staatsanwaltschaft ergachen:

Die Beamten der Staatsanwaltschaft sind schon früher darauf hingewiesen worden, daß die Interessen der Allgemeinheit es unbedingt erfordern, Zuständigkeiten gegen die Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung streng und schnell zu ergreifen. Das trifft auch jetzt noch in vollem Umfange zu. Insbesondere haben Beobachtungen aus neuerer Zeit ergeben, daß verbotenes Verfüßern von Brotgetreide (Verordnung des Bundesrats vom 28. Juni 1915, R.-G.-Bl. S. 381) in höchst bedenklichem Umfange zugenommen hat, und daß nicht in allen Fällen auf eine der Sachlage entsprechende Strafe erkannt worden ist. Die Knappheit und Teuerung aller Futtermittel hat den Anreiz zum Verfüßern von Brotgetreide in hohem Maße verstärkt. Diesem Anreiz gegenüber können Geldstrafen nur dann als ausreichendes Abschreckungsmittel dienen, wenn sie erheblich höher sind als die Beträge, die der Verurteilte an Ausgaben für Futtermittel erspart hat. Demgemäß werden die Beamten der Staatsanwaltschaft in allen Fällen, in denen nicht mit Rücksicht auf die Schwere der Tat oder die Persönlichkeit des Täters ohne weiteres eine Freiheitsstrafe geboten ist, vor Stellung von Anträgen auf Verurteilung zu Geldstrafen darauf zu achten haben, welchen Vorteil der Täter durch sein strafbares Tun erzielt oder erzielt hat. Dabei wird auch zu erwägen sein, ob etwa die erwiesene Jünderhandlung den Schluß rechtfertigt, daß sie nur ein einzelnes Glied in einer Kette fortwährender gleichartiger Vergehen ist. Die Beamten der Staatsanwaltschaft müssen sich stets vor Augen halten, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brot nur dann sichergestellt ist, wenn die zu diesem Zweck erlassenen Vorschriften überall genau beachtet werden, und daß deshalb jeder, der gegen diese Vorschriften verstößt, eine schwere Schuld gegen die wichtigsten vaterländischen Interessen auf sich ladet.

Wie schlimm müssen es die patriotischen Landwirte treiben, wenn eine hohe Behörde die Mahnung an die Staatsanwaltschaft richten muß, fester zuzugreifen!

Verfallene Landwirte.

Die neuerliche amtliche Bestandsaufnahme der Getreidevorräte im westfälischen Kreise Warburg ergab 104 000 Zentner Mehrvorrat gegen November. Offenlich legt die Regierung dem Reichstag eine Statistik vor, aus der, nach Brodmengen geordnet, zu ersehen ist, wieviel Getreide von den Landwirten verdrängten worden ist.

einen Mittel, das und erniedrigte, den durch die Regengüsse hochgeschwollenen, in mächtigen Wirbeln dahindraufenden Strom zu überqueren. Endlich gelaufen wir auf unserem Fregange in ein elendes Altbauerdorf und entdeckten auch dort zwei primitte, aus einem Baumstamm ausgehöhlte und zummengegekoppelte Hanoes. Die Bauern setzten uns, nachdem wir ihnen einige Silbermünzen gegeben, an andere Ufer. Weiter ging's durch den Morast, nochmals über einen Fluß, bis wir in einem an die Felsen geklebten Altbauerdörfchen gastliche Aufnahme fanden. Diese Albaner hier in der Ebene sind, wenn sie auch noch von der Kultur völlig unbedeutend sind, intelligent und fleißig und den Fremden gegenüber auch unglaublich zugänglicher als die wilden fremdenfeindlichen Bewohner der Berge. So hatten wir es hier leidlich gut. Man bot uns sogar Tabak an und ließ uns, als wir uns zum Schlafen auf die Fellen warfen, vernünftigerweise allein. Während der Nacht hatte der Regen mit Bestigkeit wieder eingesetzt, und wir mußten wahre Wunder berichten, um die geringen Gängelchen zu überfahren, deren Reimboden durch die anhaltende Nässe aufgeweicht war und bei jedem Schritt nachgab. Endlich waren wir wieder in der Ebene, wo uns ein wahres Salvenfeuer den Willkommensgruß bot. Es war ein Posten von wenig vertrauenswürdig aussehenden „Käfers“, der uns auf diese Weise begrüßte und dessen Befehlsabgab an den Willkommensgruß die Witte knüpfte, ihm ein paar serbische Bonnoten gegen weniger unzuverlässige Münzsorten einzutauschen. Wir zogen uns mit einer Handvoll Silberstücke aus dem nicht eben angenehmen Handel. Je weiter wir kamen, desto ausgeprägter enthielte sich das Bild einer zum See umgewandelten Ebene. Meine Gefährten und ich führten mehr als einmal kopfüß in die Fluten, aus denen wir uns mit Not und Mühe wieder herausarbeiteten. Vom Kopf bis zu den Füßen mit Schlamm und Schmutz bedeckt, erreichten wir dank unserem wepfundigen Führer endlich wieder die gepflasterte Kattstraße, die von Titana nach Durazzo führt. Wir waren gerettet.

Frankfurter Theater.

Schauspielhaus. Soll man melancholisch, ärgertlich oder lachend feststellen, daß in der finanziell ja ertragsreichen Vor-

Flugblattprozeß und Redeverbod.

Der „Vorwärts“-Redakteur Dr. Ernst Meyer war wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Ungehorsam gegen die Gesebe angeklagt. Die Straftaten sollen begangen worden sein durch die Verbreitung zweier Flugblätter, betitelt: „Wer trägt die Schuld am Kriege?“ und „Annerkennungswahn“. Am Mittwoch wurde vor der 6. Berliner Strafkammer hinter verschlossenen Türen verhandelt, die Presse war jedoch zugelassen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Aufreizung usw. eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, wegen Uebertretung der Zensurvorschriften drei Tage Gefängnis. Das Urteil lautete wegen Aufreizung zum Ungehorsam und wegen Aufreizung zum Klassenhaß auf Freisprechung, wegen der Uebertretung der Zensurvorschriften erkannte das Gericht auf eine Woche Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

Man sieht, daß die gerichtliche Prüfung von den Missetaten sehr wenig übrig ließ.

In Düsseldorf hat der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins versucht, durch Eingabe beim kommandierenden General das über vierzehn Genossen und Genossinnen verhängte Redeverbod zu beseitigen. Alle vierzehn erhielten folgenden Bescheid:

„Das Redeverbod ist seinerzeit über Sie verhängt worden, weil Sie durch Unterzeichnung des Flugblattes vom 9. Juni 1915 sich unabweisend zur Aufgabe des Burgfriedens und zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes bekannt haben.“

Wenn Sie sich dem Generalkommando gegenüber schriftlich verpflichten, künftig für die Dauer des Belagerungszustandes den Burgfrieden zu wahren und den Klassenkampf zu vermeiden, bin ich bereit, das Redeverbod zurückzunehmen.

Der kommandierende General.

(gez.) Frhr. von Bayl.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die Wahl der beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Freund und Klein zu unbefristeten Beigeordneten der Stadt Hildesheim hat die Befähigung des Staatsministeriums gefunden. Die beiden hatten sich auf eine Anfrage des Landrates als Anhänger der Politik der sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit bekannt.

Nach einer Mitteilung aus Hannover kam es dort bei der Verteilung von Fleischkarten am 8. Februar vor dem Rathaus zu Kundgebungen der Unzufriedenheit. Fleischkarten ohne Beschlagnahme der Fleischvorräte sind eben eine halbe Maßregel.

In Vlissingen (holländischer Kriegshafen vor Antwerpen) explodierte gestern mittag ein Torpedo, das von einem im Hafen liegenden Unterseeboot abgefeuert worden war und einen Ponton der Zeeland-Gesellschaft traf, auf dem sich eine Anzahl von Personen befanden. Ein Unteroffizier der Kriegsmarine wurde getötet, mehrere Personen wurden verwundet. Die Explosion war außerordentlich heftig, so daß großer Schaden angerichtet wurde und in der Umgebung die meisten Fenster scheibeln zertrümmert wurden. Das U-Boot selbst wurde nur wenig beschädigt. Nach einem anderen Bericht soll das Torpedo von einem Periscope herköhren. Mindestens 10 bis 12 Personen wurden leicht verletzt, zwei werden vermisst. Die Schiffe „Kema“ und „Beskers“ wurden beschädigt.

„Roma Reformator“ meldet: Die wegen Hochverrats zum Tode verurteilten russophilen Abgeordneten Marlow und Kuznetsov, sowie deren Mitangeklagte sind zu lebenslänglicher Kerker begnadigt worden.

Der russische Ministerat bringt demnächst eine Kriegsgewinnsteuer auf alle Kriegsgewinne über 2000 Rubel ein. Weiter verbodet er die Einfuhr von gebundenen Büchern. „Die der Welt“ meldet, hat der russische Minister des Innern Vorschriften über eine ärztliche Nachprüfung sämtlicher Kriegsuntauglichen der Jahressklassen 1888 bis 1895 erlassen.

Nach einem Bericht der „Central News“ baut eine amerikanische Firma jetzt Dreibecker mit Maschinen von 1000 PS. Diese Flugzeuge können eine Geschwindigkeit bis zu 200 Kilometern in der Stunde entwickeln. Ihre Länge ist 66 Fuß, ihr Gewicht 8000 Pfund. Sie können außer der Befahrung und dem Benzin 3000 Pfund Bomben und zwei bis 8,8-Zoll-Kanonen mitführen.

Zum Parteifreit.

Von Dr. Heinemann (Frankfurt a. M.).

Die Auseinandersetzungen in der Partei beginnen auch in Frankfurt a. M. einen verärgerten Charakter anzunehmen. Dabei macht man in zunehmendem Maße die Beobachtung, daß je länger die Auseinandersetzungen andauern, sie um so leidenschaftlicher ge-

stellung zum Besten der „Austria“-Kriegsfürsorge der Grundsatz galt: Für Wohltätigkeit ist alles gut genug! Einzelne nette Sachen gab es ja, aber das Hauptstück zum Schluß war ein solch elender Riß, daß man sich schämt, ehrlich schäme und die Augen niederzuschlägt, um so wenig als möglich davon zu sehen. Der Balkanzug, durchgehend gleich bis Bagdad — da hätte sich wirklich etwas machen lassen. Aber es langte nicht weiter als zur abgedruckten Rittsfunk, die durch Vorführung „nationaler“ Länze eine Charakterisierung der vom Zug durchwachten Gegenden geben will. Schenken wir uns jedes weitere Wort. Erwähnt sei nur, daß Herr E. L. S. b. a. h. zum ersten Male wieder auftrat: als Herr Bodenheimer aus Frankfurt, eine Rolle, in die er nach seiner völkischen Augenbrigkeit und örtlichen Herkunft hineingeboren ist. Herrn Morfins Ingenieurkunst hatte sich in keine Erfindungslosungen gestürzt; das beste daran war die tolle Idee, die Vasiage über die Landesgrenzen durch Grenzpfähle, die an Nordeln vorbeigezogen werden, zu markieren.

Seiters.

Nach ziemlich angestrengtem Marsche hat die Kompanie ihre Quartiere bezogen, und für den nächsten Morgen ist vom Stadtsarzt der vielen Kufkranken wegen „Hühnerpö“ angekündigt, bei dem, wie nochmals ausdrücklich bemerkt wird, jeder mit sauber gewaschenen Händen zu erscheinen hat. Trotz dieser Mahnung erscheint ein Berliner Landwehrmann mit recht schmutzigen Händen. Der Stadtsarzt stellt ihn zur Rede: „Warum haben Sie sich Ihre Hände nicht gewaschen?“ „Na, bitte Herr Stadtsarzt, der zu entscheidigen, aber ich habe die Hände nicht in Wasser reinwaschen, sondern in die Hände.“ („Simplissimus.“)

Kott.

Der im Juni 1914 begonnene Neubau der Deutschen Bücherei des Reichsvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig wird am kommenden 22. Mai eingeweiht werden. Dem vereinten Bemühen der Kgl. Sächsischen Staatsregierung, der Stadt Leipzig und des Buchvereins der Deutschen Buchhändler ist es gelungen, mitten in schwerer Kriegszeit dieses bedeutende Werk bei der Ausfuhr innerhalb kaum zweier Jahre soweit zu fördern, daß sein mächtiger Neubau nun in wenigen Wochen vollendet sein wird und seiner Bestimmung übergeben werden kann.

führt werden. Die Möglichkeit einer Verständigung scheint nach den äußeren Anzeichen immer mehr und mehr zu schwinden. Und doch fragt man sich manchmal, ob der Gegensatz in den Anschauungen der beiden Richtungen innerhalb der Partei über die Stellung der Partei dem Krieg und seinen Begleiterscheinungen gegenüber wirklich ein derart tiefergehender sei, daß eine Ueberbrückung und Verständigung als ausgeschlossen gelten müsse. Das ist, rein sachlich betrachtet, nicht der Fall. Es kann an dieser Stelle darauf verzichtet werden, das im einzelnen noch einmal ausführlich darzulegen; es sei mir aber, und zwar der Vollständigkeit halber und unter Hinweis auf die nachfolgenden Ausführungen gestattet, die reinen Tatsachen, und nur diese, noch einmal anzuführen.

Bei Ausbruch des Krieges fand die Partei in geschlossener Front hinter der Erklärung, die ihre Vertreter im Reichstag am 4. August 1914 abgaben. War die Fraktion, die doch aus Männern mit einer gereiften politischen Anschauung und hohem Verantwortungsgefühl besteht, sich über die Ursachen und den Charakter des Krieges klar und ließ sich sein Ausmaß nicht verblinden, so war auch die Grundlage und Richtung der einschlägigen Politik gegeben. Eine andere Politik hätte niemand erwartet, konnte niemand erwarten, der die Stellung der Partei zur Landesverteidigung aus den Verhandlungen und Beschlüssen der Parteitage wie internationalen Kongresse kannte. Der verstorbene Genosse Debel hat sich darüber mehr als einmal ausgesprochen.

Haben sich nun hinsichtlich der im August 1914 gegebenen Voraussagen und des Charakters des Krieges Änderungen ergeben, die mit Notwendigkeit die Partei zu einer anderen Stellungnahme drängen müßten? Diese Frage wird von der Mehrheit der Fraktion und Parteigenossen auf Grund einer klaren Erkenntnis der vorliegenden Tatsachen verneint. Die Genossen, die gegenwärtiger Auffassung sind, verweisen auf Anzeichen, die eine Eroberungs- und Annerkennungspolitik erkennen lassen sollen. Da wird zunächst die Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände an den Reichskanzler genannt, es werden Forderungen bürgerlicher Politiker herangezogen, und zuletzt glaubt man auch in der letzten Rede des Reichskanzlers das Zeichen einer klaren Abgabe an die Eroberungspolitik ablesen zu müssen. Darauf ist zu antworten: Wenn wir als sozialdemokratische Partei unseren Standpunkt dem Krieg gegenüber darlegen und einen Frieden ohne Vergepaltung kleinerer Völker und ohne Annerkennung als Ziel proklamieren, kann es nicht verwundern, wenn die bürgerlichen Parteien und ihre wirtschaftlichen Interessengruppen ein gleiches von ihrem entgegengesetzten Standpunkt aus zu tun für richtig erachten. Das bedeutet aber kein Verschreiben des Reichs an die Gewaltpolitik, solange man nicht imstande ist, den Nachweis darüber zu erbringen, daß sich in den verantwortlichen Stellen ein Umschwung vollzieht oder vollziehen hat, der uns allerdings zu einer Revision unserer Stellungnahme drängen müßte. Die letzte Rede des Reichskanzlers ist allgemein als bedeutungslos erachtet worden. Das zugegeben, vermag ich in ihr doch nicht einen Anhaltspunkt dafür zu entdecken, der die Ansichten der Minorität stützen könnte. Und im übrigen ist auch schon vor der letzten Rede des Reichskanzlers in gleicher Weise argumentiert worden.

Und, was die Herbeiführung des Friedens anbetrifft, so kann man wahrhaftig nicht, und zwar gestützt auf die Forderungen der verantwortlichen Staatsmänner sämtlicher Länder und die Auffassungen der Regierungen, Deutschland als das Land des Widerstands bezeichnen. So gut steht Deutschland, wenigstens wirtschaftlich, wirklich nicht da, als daß ihm die Verlängerung des Krieges so gleichgültig sein könnte. Direkt bösartig aber ist es, wenn man, wenn auch nur verheißt, der Mehrheit der Fraktion und ihren Verteidigern den Vorwurf macht, sie läßen nichts für die Herbeiführung des Friedens. Wie denkt man sich denn eine energische und erfolgreiche Friedensaktion, solange die Genossen Frankreichs und Englands jede Aussprache und Verhandlung mit den deutschen Genossen ablehnen? Die Genossen Schiedemann und Ebert sind erst kürzlich wieder unverrichteter Sache aus dem Saal zurückgekehrt, und das Ansehen der deutschen Partei hat durch die fortgesetzten Witzgänge meines Erachtens schon gelitten.

Wenn man also rein sachlich, ohne die allgemein üblichen Redensarten vom Aufgeben des Klassenkampfes usw., an die Prüfung der gegenwärtigen Anschauungen herantritt, bleibt fast nichts, was die Festigkeit der Auseinandersetzungen erklären könnte. Es sind eben andere Ursachen, die da mitwirken und die meines Erachtens im wesentlichen den Nährboden für manchmal direkt unverständliche Auffassungen bilden. Die lange Dauer des Krieges und seine üblichen Begleiterscheinungen, u. a. die ungeheuren Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmärkte, schaffen in der Arbeiterklasse einen allgemeinen Zustand der Unzufriedenheit. Das ist so erklärlich und bedauerlich, wie nur irgend etwas. Diese Unzufriedenheit sucht und heischt ihre Lösung. Unsere Aufgabe wäre es, geschlossen an die eigentlichen Ursachen heranzutreten und alle Kräfte zur Beseitigung derselben einzusetzen. Nachdrückliche Vertretung und Durchsetzung unserer Forderungen auf dem Gebiete der Volksernährung, Aufhebung der politischen Zensur und des Belagerungszustandes, weitgehende Fürsorge für die Kriegsteilnehmer, wie deren Familien; das sind die Aufgaben, an deren Verwirklichung wir arbeiten sollten.

Was tut aber die Minorität? Sie beschränkt sich in der Hauptsache auf die Kritik des Krieges selbst, des Krieges, dessen Ausbruch die Partei leider nicht verhindern konnte und zu dessen Vermeidung leider ihre Kraft gegenwärtig auch nicht ausreicht. Das sind einfache Tatsachen, und alle Schlagworte, Unterstellungen und demagogischen Kriffe helfen darüber nicht hinweg. Erkennt man endlich an, daß auch für die Mehrheit der Partei das Wohl der Arbeiterklasse als das höchste Gesetz ihres Handelns gilt, und pflegt man die Auseinandersetzungen in Form, die die Ehrlichkeit und den parteigenössischen Charakter nicht in Frage stellen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 9. Febr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Beratung der Gesehenswürde betreffend

Einführung von Schatzungsämtern

und betreffend Förderung der Wirtschaften.

Abg. Gassel (Fortf. Sp.): Wir haben vielfach starke Ueberfahrungen stattgefunden. Die Einführung föderaler Schatzungsämter, wie sie die Vorlage vorschlügt, bedeutet einen Fortschritt. Als einen Rang des Gesehes müssen wir es aber bezeichnen, daß es keinerlei Angaben darüber enthält, nach welchen Gesichtspunkten die Schatzungen erfolgen sollen. Der Deutsche Stadtag fordert mit Recht, daß die Gemeindebehörden Einfluß auf die Gestaltung der Schatzungen der Schatzungsämter haben müssen. Das gemeinsame Schatzungsamt für Groß-Berlin bedeutet einen ganz erheblichen Eingriff in die Selbstverwaltung Berlins. Wir protestieren aber ganz entschieden gegen die Ausbuchtung von Berlin. Wir wollen gleichberechtigtes Bürgerrecht mit den anderen Staatsbürgern; wir wollen keine Barren und Ketten sein. (Zustimmung.) Wir haben den Eindruck, daß in dem Geseh agrarische Interessen zu sehr berücksichtigt sind. Wir erwarten von dem Schatzungsamt vor allem, daß für die zweiten Hypotheken wieder ein guter geschaffen wird. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Bei allem Entgegenkommen und bei der Gerechtigkeit der Regierung, auf Abänderungsvorschläge einzugehen, werden wir doch daran festhalten müssen, daß für Groß-Berlin nur ein einziges Schatzungsamt geschaffen wird.

Minister des Innern v. Helfrich: In der Sitzung vor der Selbstverwaltung lasse ich mich von niemand überreden. Die Selbstverwaltung hat in vorbildlicher Weise Großes für das Vaterland geleistet und die Regierung kann diesen Leistungen ihre volle Anerkennung zollen. Die Staatsregierung hält es für ihre vornehmste Aufgabe, die Selbstverwaltung nicht nur ungehindert zu erhalten, sondern auch zu stärken.

Ein Antrag des Abg. Gassel (Fog.) auf Vertagung mit Rück-

